

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Bestellungen und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostschlesien
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Bezugspreis monatlich (mit Post 2 RM, halbm. 1 RM), durch die Post bezogen monatlich 2 RM (ohne Zustellungsgebühr) Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-21 / Geschäftsstelle u. Expedition: Alsterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17 250 / Postfachnummer Dresden Nr. 18 600, Dresdner Verlagsgesellschaft
Schriftleitung: Dresden-21, Alsterbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 250 / Drahtschlüssel: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentage 4-6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)
Anzeigenpreis: Die neu mal gefaltete Nonpareilzeile oder deren Raum 0,30 RM, für Familienanzeigen 0,20 RM für die Restzeile anschließend an den dreispaltigen Teil einer Zeitschrift 1,50 RM
Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-21, Alsterbahnhofstr. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

3. Jahrgang

Dienstag, den 29. November 1927

Nummer 277

Das Friedensprogramm der Sowjetunion

50 Prozent Herabsetzung der Kriegsforderungen / Heiße gegen die Sowjetdelegation / Verhandlungen zur Verbesserung der russisch-englischen Beziehungen

Behn Jahre Friedenspaß

London, 29. November. (Eigene Drahtmeldung.)

Genfer Sonderberichterstattung melden, daß die sowjetische Delegation entschlossen sein soll, auf der Abrüstungskonferenz den Abschluß eines auf 10 Jahre unbeschränkten Friedenspaktes vorzuschlagen, in dem sämtliche Unterzeichner erklären, keinerlei Angriffskriege gegen andere Unterzeichner zu führen. Weiter soll sie die Herabsetzung sämtlicher Forderungen auf 50 Prozent verlangen. In einer Presskonferenz mit einem englischen Blatt erklärte die russische Delegation, daß sie mit großer Freude begrüßen würde, wenn sie mit der englischen Delegation zur Einleitung von Verhandlungen über die Verbesserung der englisch-russischen Beziehungen kommen würde. Die Sowjetdelegation sei jedoch nicht ermächtigt, von sich aus die Initiative zu ergreifen, das sei Sache der englischen Delegation. Die Sowjetregierung sei um so eher zu Verhandlungen bereit, als sie überzeugt sei, daß man in Europa einen allgemeinen Krieg entgegenstehe, dessen Bekämpfung und Verhinderung Aufgabe und Zweck der Sowjetdelegation in Genf sei. Eine Beteiligung von Einzelheiten obiger Meldung fehlt in Berlin noch.

Heiße gegen die Sowjetdelegation

Deutschland im Dreibund gegen Sowjetrußland.

Genf, 29. November. (Eigene Drahtmeldung.)

Von informierter Seite wird demontriert das Erscheinen Pilsudski in Genf als ziemlich sicher bezeichnet. Englische und französische Regierungsblätter erklären ganz bestimmt, daß Stresemann mit England und Frankreich zusammengehen werde, um Litauen zum Nachgeben zu zwingen. Man spricht von einem

sogenannten Dreierkomitee zur Behandlung der litauischen Frage, für das Deutschland seine Mitarbeit zugesagt haben soll. Diese bestimmten Angaben lassen erkennen, daß zwischen Stresemann und den Entente-Regierungen Verhandlungen stattgefunden haben, in denen genaue Vereinbarungen getroffen sind zur Herstellung der französisch-englisch-deutschen Front im Osten, die sich ganz offensichtlich gegen die Sowjetunion und ihre Friedensbemühungen richtet. Die imperialistischen Staaten versuchen, die Sowjetunion bei den osteuropäischen Fragen einfach auszuscheiden. Am 30. November soll in Genf ein neues weißgardistisches Organ „Wostok“, d. h. „Angriff“ erscheinen. Die Finanzierung dieser Zeitschrift hat Deterding übernommen. Der Herausgeber ist ein russischer Weißgardist namens Schumalow. Diese Zeitung soll während der Abrüstungskonferenz eine großartige Heftkampagne gegen die Sowjetdelegation inszenieren. Die internationale antibolschewistische Liga hat im Bunde mit den Schweizer Weißgardisten für die nächsten Tage eine antibolschewistische Heftkampagne angekündigt. In der Genfer Presse erscheinen schamlose Aufrufe der sogenannten Union patriotischer Vereine, in denen die Sowjetregierung für Streiks und Lohnbewegungen in der Schweiz, für die Sacco-Banzetti-Demonstrationen usw. verantwortlich gemacht wird. In dem Aufruf wird die Ausweisung der Delegation und aller Sowjetrußen verlangt.

Sowjetdelegation und Völkerbundssekretariat

Genf, 28. November. (Telunion.)

Die sowjetische Delegation hat heute zum ersten Male durch Uebertragung ihrer Karten mit dem Völkerbundssekretariat und der Abrüstungssektion Führung genommen, ohne jedoch persönlich den maßgebenden Stellen des Völkerbundssekretariats einen Besuch abzustatten.

Der litauisch-polnische Konflikt

Woldemaras' Einigung mit Polen — Verhandlungen mit England und Frankreich

Berlin, 28. 11. 27. Wie aus Romo und Warschau berichtet wird, läßt die litauische Woldemaras-Regierung zahlreiche Verhandlungen unter den Oppositionsparteien und unter den mit denselben sympathisierenden Offizieren vornehmen, weil diese auf eine Beilegung der litauisch-polnischen Woldemaras-Regierung trügen.

Wie das Berliner Tageblatt dazu meldet, erklärt sich die ablehnende Haltung der Regierung Woldemaras gegenüber den oppositionellen Parteien dadurch, daß Woldemaras England und Frankreich bereits die Zusicherung gegeben haben soll, sich mit Polen zu einigen, diplomatische und konsularische Beziehungen mit Polen aufzunehmen und die Wilnaer Frage offen zu lassen. Woldemaras soll hoffen, daß er aus Genf, wo er mit Pilsudski zusammentreffen wird, ein polnisch-litauisches Abkommen mitbringt. Woldemaras will sich durch ein solches Abkommen die Unterstützung Englands und Frankreichs für die Aufrechterhaltung seiner litauischen Diktatur sichern. Woldemaras sei entschlossen, alle Versuche der Oppositionsparteien, in die Regierung zu gelangen, mit allen Mitteln zu verhindern.

Für die Wahrscheinlichkeit der in der Meldung des Berliner Tageblattes wiedergegebenen Tatsachen, nach denen anzunehmen ist, daß es den antilowjetischen Kräften in der englischen und französischen Regierung gelungen ist, Woldemaras durch die Unterstützung seines litauischen Terrorregiments praktisch mit in die Antilowjetfront einzuziehen, spricht noch folgende Mitteilung der litauischen Gesandtschaft:

„Die in der deutschen Presse verbreiteten Meldungen über angebliche Beziehungen zwischen höheren Offizieren des litauischen Generalstabes mit Polen sind erfunden. Desgleichen die Meldung vom Rücktritt des Ministerpräsidenten Woldemaras.“

Eine polnische Note

Die polnische Regierung hat an alle Regierungen, mit denen sie diplomatische Beziehungen unterhält, eine Note folgenden Inhalts ergangen lassen:

„Infolge einer auf Artikel 11 der Satzungen gestützten Beschwerde der litauischen Regierung ist die Frage der polnisch-litauischen Beziehungen auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Völkerbundesrat gestellt worden. Unter diesen Umständen legt die polnische Regierung Wert darauf, ihre Haltung hinsichtlich der Beziehungen zwischen den beiden Ländern noch

einmal genau darzulegen. Die polnische Regierung erklärt, daß sie keinerlei Absichten gegen die polnische Unabhängigkeit und territoriale Unversehrtheit der litauischen Republik verfolgt und einzig das Ziel im Auge hat, in friedlichem Geiste normale, gutnachbarliche Beziehungen mit Litauen anzuknüpfen.

Der Wunsch der polnischen Regierung läßt jedoch fortgesetzt auf die kategorische Weigerung aller litauischen Regierungen, die heute wie auch früher behaupten, ihr Land befände sich mit Polen im Kriegszustand. Nach Ansicht der polnischen Regierung darf dieser einseitige Zustand, der ohne Friedensfall besteht und schwere Gefahren für die friedliche Zusammenarbeit der Nationen in sich birgt, nicht länger andauern. Die polnische Regierung ist überzeugt, daß dieser Standpunkt von allen Regierungen und von der öffentlichen Meinung der ganzen Welt geteilt wird, und daß die Regierungen alles tun werden, was in ihrer Macht steht, um dem von der litauischen Regierung so beharrlich proklamierten Kriegszustand ein Ende zu machen.“

Die polnische Regierung wendet den alten Trick aller angriffslustigen Imperialisten an. Sie beteuert ihre „Friedensliebe“. Die Arbeiter müssen die Augen um so mehr offenhalten, denn auch bei der polnischen Regierung gilt: „Wenn ich vom Frieden rede, meine ich den Krieg.“ Daß die polnische Regierung sich vollständig freie Hand zum Vorgehen schaffen will, zeigt folgende Meldung über

die Auflösung des polnischen Parlaments.

Die TL meldet unter dem 28. 11. aus Warschau:

„Heute mittag wurden Sejm und Senat durch ein Dekret des Staatspräsidenten infolge des Ablaufs der gesetzlichen Tätigkeitsdauer des Parlaments aufgelöst. Die Dekrete, die das Datum des 28. November tragen, wurden durch den Adjutanten des Vizepremiere Barthel in den Kanzleien des Sejm und des Senats niedergelegt.“

Ein deutschnationaler Betrüger

Berlin, 28. November. Aus Straßburg wird gemeldet, daß der deutschnationaler Schulrat Pilsau aus Grotzowald mit sofortiger Wirkung seines Amtes entbunden wurde. Pilsau hat gegenwärtig die Rechnungen der Regierung eingereicht, um besondere Kostenstellen herauszuholen. Pilsau war einer der hervorstechendsten deutschnationalen Agitatoren in Vorpommern. Nach Aufhebung seiner Unterstellungen und Fällungen ist er geflohen, aber dann in Berlin verhaftet worden.

Schluß mit der Opposition

Von Arthur Gwert, Moskau

In dem Kampf gegen die Opposition tritt die russische Partei wie auch die einzelnen Sektionen der Komintern in eine neue Phase: auf Grund der Auffassungen der Opposition und ihrer Kampfmethoden ist die Abwehr der Partei mit den schärfsten Mitteln eine gebieterische Notwendigkeit. Während früher die Differenzen noch im Parteiraum ausgetragen werden konnten und sich in der Hauptsache auf die Einschätzung der Entwicklung der Agrarverhältnisse sowie über die Bürokratisierung des Staatsapparates usw. bezogen, hat in der letzten Zeit die Opposition ihre damaligen Auffassungen zu einem System verdrängt, das mit dem Bolschewismus nichts Gemeinsames hat. Heute erkennen wir, daß in der Formulierung Trozki über den „Weltweit nicht proletarischen Staat“ bereits alle Keime zu der konterrevolutionären Thermidor-Theorie liegen. Weil die Opposition in der wichtigsten Frage, der Einschätzung des Charakters der Staatsgewalt in der Sowjetunion, dieselbe Auffassung wie die Menschewisten und die Sozialrevolutionäre vertritt, wird sie ebenfalls zur Anwendung der taktischen Methoden dieser Feinde gedrängt. Damit zwingt sie die Partei, gegen sie mit denselben Mitteln zu kämpfen, wie sie gegen die Menschewisten und Sozialrevolutionäre Anwendung fanden.

Der Kampf der Opposition gegen die Partei und die proletarische Diktatur entspringt der Auffassung, daß bei der Rückständigkeit der industriellen Entwicklung der Aufbau des Sozialismus in der Sowjetunion unmöglich ist, und daß aus dieser Tatsache die Entartung der Staatsgewalt von einem Machtmittel des Proletariats und einer Dienstin proletarischer Interessen zu einem Instrument der Bourgeoisie, Kulaken usw. unermidlich und daß die Führung der KPD Träger und Förderer dieser Entartung ist. Diese pessimistische, dem subjektiven Faktor der Partei und des Proletariats verneinende und die Führung der Partei verleumdende Auffassung wird ergänzt durch die pessimistische Perspektive, die die Oppositionsführer über die Möglichkeiten der Revolution in anderen Ländern entwickeln. Ihr Geschrei über die Niederlage im Osten (China) und Westen (England) beweisen dies. Für die Sowjetunion sagt die Opposition in jedem Jahre die Katastrophe für die nächsten sechs Monate voraus, während sie bei jeder Niederlage der revolutionären Bewegung in den kapitalistischen Ländern und in China in eine Panik verfällt.

Ihren Kampf gegen die Partei macht sich die Opposition insofern leicht, als sie der Partei stets Auffassungen unterstellt, die diese niemals vertreten hat. So unterschreibt man der Mehrheit, daß sie auf dem Standpunkt steht, daß die Kriegskrise des Kapitalismus überstanden ist, und wir in eine Epoche der Stabilisierung des Kapitalismus eingetreten sind. So unterschreibt man der Mehrheit die Auffassung, daß das Proletariat der kapitalistischen Länder kein Bundesgenosse gegen die Intervention ist, und daß aus diesem Grunde die Kapitulation vor den Imperialisten notwendig sei. Diesem Zweck dienen die Märchen über die beabsichtigte Preisgabe des Außenhandelsmonopols und der Preisgabe revolutionärer Prinzipien vor dem französischen Imperialismus durch die Sowjetregierung. Aus diesem Grunde vertritt die Opposition, daß die Mehrheit der russischen Partei die Auffassung vertritt, daß es ein Fehler gewesen sei, die revolutionäre Bewegung in China zu unterstützen. Mit diesen lächerlichen Behauptungen versucht die Opposition, das Vertrauen in die KJ und die KPD zu unterminieren.

Der 15. Parteitag der KPD wie auch die übrigen Sektionen der Komintern werden sehr zu prüfen haben, ob die prinzipiellen, dem Bolschewismus verneinenden Auffassungen der Opposition noch einen Platz in der revolutionären Partei haben. Es ist nicht nur eine Frage von organisatorischen Garantien, die die Opposition geben muß. Die Opposition hat gezeigt, daß sie Versprechungen in organisatorischer Hinsicht machen und gleichzeitig noch schärfere Vorwürfe gegen die Partei organisieren kann. Dies ist bei der ideologischen Einstellung der Opposition auch gar nicht anders möglich. Wer der Auffassung ist, daß der Sowjetstaat ein entartender oder bereits ein entarteter Staat ist, der nicht mehr die Interessen des Proletariats vertritt, muß gegen diesen Staat den Kampf organisieren. Wer der Auffassung ist, daß der Sowjetapparat ein von den Volksmassen getrennter, ihren Interessen feindlicher Apparat ist, wird zu der Stellung der Opposition gedrängt. Wer der Auffassung ist, daß die proletarische Partei im Lande der Diktatur ein Sammelfurium der verschiedensten Strömungen und Gruppierungen sein kann, wird zum Kampf gegen die Disziplin der Partei gedrängt. Wer den Ruf nach Diskussionsfreiheit für alle menschheitlichen und konterrevolutionären Auffassungen innerhalb der Partei erhebt, wird zum Appell an die parteilosen und kleinbürgerlichen Massen und zu Straßendemonstrationen kommen. Das ist die Logik der Dinge.